



for the people | for the planet | for the future

**Friends of  
the Earth  
Europe**



## **Übermäßiger Konsum: eine tickende Zeitbombe**

**Das Versäumnis der EU, die  
Ressourceneffizienzpolitik anzupacken**

**Erstellt von Friends of the Earth Europe | April 2015**

**Übersetzung durch:**

*Bund für Umwelt & Naturschutz Deutschland (BUND)*

**Dieses Projekt wurde gefördert von:**



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz,  
Bau und Reaktorsicherheit



Co-funded by  
the European Union



Die Förderinstitutionen übernehmen keine Haftung für die Richtigkeit, Genauigkeit oder Vollständigkeit der Informationen oder für die Beachtung der privaten Rechte Dritter. Die in diesem Dokument geäußerten Ansichten spiegeln nicht notwendigerweise diejenigen der Förderinstitutionen wider.

Auf Recycling-Papier gedruckt.

## Einleitung

Unser gegenwärtiges Modell des Wirtschaftswachstums ist auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen nicht zukunftsfähig. Europa konsumiert bereits mehr als seinen fairen Anteil an natürlichen Ressourcen, mit verheerenden Auswirkungen auf Ökosysteme und Gemeinschaften. Solange die Weltbevölkerung und die Mittelschichten wachsen und die Entwicklungsländer ihre Volkswirtschaften ausbauen, ist und bleibt die Verfügbarkeit von Ressourcen eine Ursache von Konflikten.

Die Rücknahme des Kreislaufwirtschaftspakets (Circular Economy Package) bedeutete den Entwicklungsstopp für die europäische Ressourceneffizienzpolitik. Diese wird im Unterschied zu den Regulierungen zu Abfall und Ökodesign nicht wiederaufgenommen werden, es sei denn, die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) und Mitgliedstaaten erheben ihre Stimme. Die Streichung der Mitteilung zu „Land als Ressource“ aus dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2015 belegt ebenfalls den Trend, der Ressourceneffizienzpolitik geringere Priorität einzuräumen.

Europa ist der Kontinent mit der stärksten Abhängigkeit seiner wirtschaftlichen Aktivitäten von importierten natürlichen Ressourcen und ist daher durch Preisschwankungen und -erhöhungen gefährdet, wie seit der Jahrhundertwende zu beobachten ist.<sup>1</sup> Tatsächlich handelt es sich bei 40% der Kosten des europäischen produzierenden Gewerbes um Kosten für Ressourcen, wohingegen 20% Arbeits- und 10% Energiekosten sind.<sup>2</sup> Die Kommission setzt Wirtschaft, Arbeitsplätze, Umwelt und Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger Europas aufs Spiel, indem sie sich von einer solchen Schlüsselpolitik abwenden. MdEPs und Mitgliedstaaten sollen die Kommission auffordern:

- **Land-, Wasser-, Material- und CO<sub>2</sub>-Fußabdrücke zu entwickeln und zu verabschieden**, um das Niveau der Ressourcennutzung zu beobachten und Reduktionsziele festzulegen. Diese Indikatoren geben Aufschluss über unsere Ressourcennutzung und ihre Auswirkungen.
- **Die vier Fußabdrücke in die übergreifenden EU-Politiken einzubinden**, beispielsweise ins Europäische Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik, sowie in Politikfolgenabschätzungen zu berücksichtigen.
- **Die Mitteilung der Kommission zu „Land als Ressource“ auf die Tagesordnung zu setzen**, als Mittel, den Land-Fußabdruckindikator einzuführen und ein spezifisches Ziel zur Verringerung des Land-Fußabdrucks Europas zu entwickeln. Das gegenwärtige Niveau der Landnutzung für Nahrungsmittel, Futtermittel, Brennstoffe, Transport, Güter und Dienstleistungen in der EU ist nicht nachhaltig, und es untergräbt Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsziele.

## Die EU passt sich einer durch Ressourcenknappheit geprägten Realität nicht an

Abfallreduktion, Wege zur Kreislaufwirtschaft und Ausrichtung der Ökonomie auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit sind wichtige Schritte, eine bessere Ressourcennutzung erfordert jedoch einen umfassenderen Ansatz. Europa gehört immer noch zu den Kontinenten mit dem höchsten Konsum der Welt, mit einem Material-Fußabdruck von 21 Tonnen pro Kopf

<sup>1</sup> Von 2000 bis 2011 stiegen die Preise für natürliche Ressourcen durchschnittlich um 147%, Energiepreise um 190%, Nahrungsmittelpreise um 135% und Materialien um 135%. McKinsey Global Institute, Resource Revolution: Meeting the world's energy, materials, food, and water needs, November 2011, S.30, [http://www.mckinsey.com/insights/energy\\_resources\\_materials/resource\\_revolution](http://www.mckinsey.com/insights/energy_resources_materials/resource_revolution) Der IWF berichtet, dass Rohstoffpreise seit 2011 deutlich zurückgegangen sind [http://www.imf.org/external/np/res/commod/images/chart\\_lg.jpg](http://www.imf.org/external/np/res/commod/images/chart_lg.jpg)

<sup>2</sup> Greenovatel! Europe, 2012, Guide to resource efficiency in manufacturing

und Jahr.<sup>3</sup> Selbst wenn wir 100% unseres Abfalls recycelten, bliebe unsere hohe Nachfrage nach Primärrohstoffen aufgrund unseres hohen und steigenden Konsums in Europa bestehen. Zum Beispiel: Trotz hoher Aluminiumrecyclingraten (62% bis 95%) ist unsere Nachfrage so groß, dass sie durch recyceltes Aluminium allein nicht befriedigt werden kann — recyceltes Aluminium deckte 2008 nur 35% des Verbrauchs in Europa — was eine kontinuierliche Nachfrage nach Primärrohstoffen schafft.<sup>4</sup>

Europa kann die Herausforderungen einer durch Ressourcenknappheit geprägten Welt nicht meistern, es sei denn, dass die Abfallgesetzgebung Teil einer breiter angelegten Strategie zur Senkung unseres Ressourcenverbrauchs wird. Die Ressourcenpreise schwanken weiter, die globale Mittelschicht wächst, und die Nachfrage nach derselben endlichen Menge an natürlichen Ressourcen wird immer höher, was zu größerem Wettbewerb führt. Die Verwirklichung einer Kreislaufwirtschaft geht für sich genommen nicht mit der Tatsache um, dass wir insgesamt über unsere Verhältnisse leben, nämlich über die planetaren Grenzen hinaus. Dies hat sowohl für den Planeten als auch für die Menschen irreversible negative Konsequenzen, denn unsere Ökosysteme sind über ihre eigene Regenerationsfähigkeit hinaus strapaziert — Verlust der Biodiversität, Bodenerosion, Klimawandel und Ressourcenzerstörung sind Teil des Problems.

Daher reicht die Schaffung einer der Kreislaufwirtschaft ähnlichen Wirtschaftsweise nicht aus — und die Verpflichtung zu handeln liegt bei Europa. Die 20 Länder mit dem höchsten Konsum, von denen viele in Europa liegen, verbrauchen 75% der weltweit konsumierten Materialien. Im Gegensatz dazu beanspruchen die 100 Länder mit dem geringsten absoluten Materialverbrauch zusammen nur etwa 1,5% der Materialien der Welt.<sup>5</sup> Deswegen ist es sowohl eine *Notwendigkeit* und eine Frage der *Gerechtigkeit*, dass die EU Instrumente und Politiken einführt, die uns eine gute Lebensqualität bei niedrigerem Konsum ermöglichen.

### Was man nicht messen kann, kann man nicht managen

Sämtliche EU-Institutionen sowie eine Reihe privater und öffentlicher Stakeholder haben sich auf die Notwendigkeit geeinigt, Ressourcennutzung mithilfe von konsumbasierten Indikatoren zu messen, und zwar bezogen auf Land, Wasser, Materialien und Treibhausgase. Dies ist u.a. im 7. Umweltaktionsprogramm<sup>6</sup>, dem Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa<sup>7</sup> und dem Manifest der European Resource Efficiency Platform<sup>8</sup> dokumentiert. Die neue Kommission hat jedoch entschieden, diese Entwicklung zu stoppen und nur den Ressourcenproduktivitätsindikator (BIP/Rohstoffverbrauch) voran zu bringen.

<sup>3</sup> Im Jahre 2007 betrug der Material-Fußabdruck in Europa 21 Tonnen, bzw. 8 Tonnen pro Kopf mehr als in Europa gewonnen wurde. Europa, Australien (2007: 48 Tonnen pro Kopf) und Nordamerika (29 Tonnen) sind die drei Gebiete der Welt mit dem höchsten Konsum. Tukker, A; Bulavskaya, T; Giljum, S, et al, The Global Resource Footprint of Nations: carbon, water, land and materials embodied in trade and final consumption. [http://creea.eu/index.php/documents2/cat\\_view/16-creea-booklet](http://creea.eu/index.php/documents2/cat_view/16-creea-booklet)

<sup>4</sup> Die Recyclingrate für Aluminium ist in Europa hoch, zwischen 62% für Getränkedosen und 95% im Bau- und Transportsektor. In der EU27 machte das Aluminiumrecycling aus Schrott 2008 etwa 35% des sichtbaren Konsums aus. Daten von der European Aluminium Association, 2010, in Europäische Kommission, DG ENTR, Annex V to the Report of the Ad-hoc Working Group on defining critical raw materials, 2010, [http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/files/docs/annex-v\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/files/docs/annex-v_en.pdf)

<sup>5</sup> Dittrich, M.; Gilium, S; Lutter, S; Polzin: Green economies around the world? Implications of resource use for development and the environment, 2012 [http://seri.at/wp-content/uploads/2012/06/green\\_economies\\_around\\_the\\_world.pdf](http://seri.at/wp-content/uploads/2012/06/green_economies_around_the_world.pdf)

<sup>6</sup> Prioritäres Ziel 2.iv: "Entwicklung von Mess- und Benchmark-Methoden bis 2015 für Ressourceneffizienz von Land-, CO<sub>2</sub>-, Wasser- und Materialverbrauch und Bewertung der Angemessenheit der Einbeziehung eines zentralen Indikators und Ziels in das Europäische Semester" <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013D1386&from=EN>

<sup>7</sup> "Da dieser vorläufige Leitindikator die Realität nur in Teilen abbildet, sollte er durch ein Indikatorensystem/set("dashboard") zu Wasser, Land, Materialien und CO<sub>2</sub> ergänzt werden", S. 21 [http://ec.europa.eu/food/safety/food\\_waste/library/docs/com2011\\_571\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/food/safety/food_waste/library/docs/com2011_571_en.pdf)

<sup>8</sup> "Wir fordern die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, bis Ende 2014 auf Grundlage der vereinbarten Prinzipien den Rohmaterialverbrauch aller Mitgliedstaaten regelmäßig zu berechnen. Fußabdruck- und andere Indikatoren zu CO<sub>2</sub>, Land und Wasser müssen so weit verbessert werden, dass sie einen gewissen Grad an Robustheit und Politikrelevanz aufweisen."

[http://ec.europa.eu/environment/resource\\_efficiency/documents/erep\\_manifesto\\_and\\_policy\\_recommendations\\_31-03-2014.pdf](http://ec.europa.eu/environment/resource_efficiency/documents/erep_manifesto_and_policy_recommendations_31-03-2014.pdf)

Da der Ressourcenproduktivitätsindikator mit dem BIP verknüpft ist, werden reichere Länder trotz ihres höheren Ressourcenverbrauchs immer als nachhaltiger erscheinen. Außerdem begünstigt ein Produktivitätsansatz das "Weiter-wie-bisher" (gleichzeitiges Wirtschaftswachstum und Anstieg des Ressourcenverbrauchs). Zum Beispiel erhöhte die Weltwirtschaft zwischen 1980 und 2005 ihre Ressourcenproduktivität dadurch, dass sie die Menge des durch eine Einheit Materialverbrauch geschaffenen ökonomischen Werts um 30% steigerte. Trotz dieses Fortschritts ist die globale Entnahme von Materialien seit 1980 um fast 80% gestiegen.

Die hohen Umwelt-, sozialen und ökonomischen Kosten des Ressourcenverbrauchs bedeuten, dass Europa mit einer ambitionierten und gerechten EU-weiten Strategie zur Ressourcennutzung eine Führungsrolle einnehmen muss. Der erste Schritt dabei ist, anhand der vier Fußabdrücke unseren Verbrauch von Materialien, Land und Wasser sowie unsere Treibhausgasemissionen zu messen:

- **Land-Fußabdruck** in Hektar, inklusive Land außerhalb der EU, das zur Herstellung importierter Produkte genutzt wird;
- **Material-Fußabdruck** in Tonnen, inklusive der Materialien, die zur Herstellung nach Europa importierter Produkte eingesetzt werden;
- **Wasser-Fußabdruck** in Liter, inklusive außerhalb der EU bei der Herstellung importierter Produkte verbrauchtes Wasser;
- **Treibhausgas-Fußabdruck** in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten, inklusive Emissionen außerhalb der EU im Zuge der Herstellung von in Europa konsumierten Produkten.<sup>9</sup>

Diese Indikatoren orientieren sich am Lebenszyklus und berücksichtigen deshalb die Ressourcennutzung, die in importierten und exportierten Produkten enthalten ist. So ermöglichen sie die Erfassung möglicher Verlagerungen von Umweltbelastungen im Zusammenhang mit inländischer Produktion oder inländischem Konsum in andere Regionen der Welt. Sie ermöglichen ebenfalls direkte Verknüpfungen mit sozialen und Entwicklungsthemen, u.a. Ressourcenarmut und der Notwendigkeit einer fairen Verteilung globaler Ressourcen.

### Ressourceneffizienz in Folgenabschätzungen messen

Strategien, die Europa von einer nachhaltigen Nutzung von Ressourcen weg lenken, werden weiterhin vorgeschlagen und umgesetzt. Um diesem Missstand zu begegnen, sollten die Land-, CO<sub>2</sub>-, Wasser- und Material-Fußabdrücke in politische Folgenabschätzungen aufgenommen werden, sodass die Senkung der Ressourcennutzung integraler Teil der Politikgestaltung wird.

Zum Beispiel bedeutete das Setzen von Agrosprit-Zielen ausschließlich auf CO<sub>2</sub>-Basis, dass die damit zusammenhängende Wasser- und Landnutzung nicht betrachtet wurde. Dies hatte unbeabsichtigte Auswirkungen zur Folge, die die Wirksamkeit der Ziele unterminierten.<sup>10</sup> Um ähnliche Schwierigkeiten zu vermeiden, müssen politische Maßnahmen eine Abschätzung der Auswirkungen auf die Material-, Land-, Wasser- und CO<sub>2</sub>-Fußabdrücke Europas beinhalten.

<sup>9</sup> Friends of the Earth Europe, The Four Footprints: Increasing our resource efficiency, reducing our social & environmental impacts, März 2014, <http://www.foeeurope.org/sites/default/files/foee-briefing-four-footprints.pdf>

<sup>10</sup> Friends of the Earth Europe, Briefing: Understanding the biofuel trade-offs between Indirect land use change (ILUC), hunger and poverty, 2. Juli 2013, <http://www.foeeurope.org/biofuel-trade-offs-iluc-hunger-poverty-020713>

## Ressourceneffizienz durch das Europäische Semester etablieren

Die im gegenwärtigen Europäischen Semester behandelten Umweltthemen beziehen sich auf Klima und Energie,<sup>11</sup> wohingegen Themen wie Ressourceneffizienz marginalisiert sind oder fehlen. Das Europäische Semester muss erweitert und "grüner" werden, indem ein besserer Überblick über den Fortschritt Europas bei der Ressourcennutzung gegeben wird. Aus diesem Grund sollte ein Indikator des Gesamtmaterialverbrauchs (vorzugsweise der Indikator für den Rohstoffverbrauch, wie er bereits von Eurostat gemessen wird) im Europäischen Semester eingeführt werden, was den Mitgliedstaaten ermöglichen wird, diese Politik voranzubringen.

Eine ganzheitlichere Auslegung der im Jahreswachstumsbericht festgelegten Prioritäten ist nötig, sowie Maßnahmen, die den Übergang zu einem ressourceneffizienten Europa fördern. Die Rolle des Europäischen Parlaments bei der Sicherstellung von Politikkohärenz zwischen dem Europäischen Semester und anderen langfristigen strategischen EU-Politiken – etwa dem Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa – muss ebenfalls gestärkt werden.

## Ökonomische Anreize für Ressourceneffizienz schaffen

Die EU muss dringend umweltschädliche Subventionen rückgängig machen, um einen Rahmen zu schaffen, der Anreize für Einsparungen und bessere Ressourcennutzung bietet, was Kosteneinsparungen erleichtert, beim Umgang mit negativen Umweltauswirkungen hilft, öffentliche Gelder für andere Aufgaben frei macht und Anreize für Umweltinnovationen schafft.<sup>12</sup> Umweltbelastungen wie Abfall und Umweltverschmutzung zu besteuern anstatt sie zu subventionieren, wie gegenwärtig bei der Abfallverbrennung der Fall<sup>13</sup>, ist eine weitere unverzichtbare Komponente einer ressourceneffizienten abfallfreien Wirtschaftsweise.

Außerdem ist eine umweltbezogene Steuerreform in Europa dringend erforderlich, die die Steuerlast von der Arbeit hin zur Ressourcennutzung verlagert, was arbeitsintensive Wiederverwendung und Reparaturen fördern und den Konsum neuer Produkte weniger attraktiv machen würde. Die Besteuerung von Arbeit macht 53,3% der gesamten Steuereinnahmen in der Eurozone aus, verglichen mit 5,7% für Ökosteuern.<sup>14</sup>

Andererseits besteht anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. So beträgt die Arbeitslosenquote in Mitgliedstaaten wie Spanien und Griechenland mehr als 20%.<sup>15</sup> Umweltsteuern verursachen geringeren ökonomischen Schaden pro Einheit Steuereinnahmen als direkte (d.h. einkommensbezogene) oder indirekte Steuern, während sie außerdem andere positive

<sup>11</sup> Zum Beispiel Ökosteuerreform, Energie-, Strom- und Transportinfrastruktur, erneuerbare Energie und Energieeffizienz, Energiemarktgestaltung und Fortschritt hin zu den Emissionsreduktionszielen für Treibhausgase. Institute for European Environmental Policy (IEEP), "The European Semester: Assessing Progress To Date: A report for the Greens/EFA Group in the European Parliament", Dezember 2013, [http://www.greens-efa.eu/fileadmin/dam/Documents/Publications/GND/ENVIR\\_POLICY\\_web.pdf](http://www.greens-efa.eu/fileadmin/dam/Documents/Publications/GND/ENVIR_POLICY_web.pdf), und IEEP, "How green is the European Semester process?" Präsentation, 29. Januar 2014, Europäisches Parlament, [http://www.ieep.eu/assets/1328/IEEP\\_Environment\\_in\\_the\\_European\\_Semester\\_EP\\_29\\_Jan\\_2014.pdf](http://www.ieep.eu/assets/1328/IEEP_Environment_in_the_European_Semester_EP_29_Jan_2014.pdf)

<sup>12</sup> Withana, S., ten Brink, P., Franckx, L., Hirschnitz-Garbers, M., Mayeres, I., Oosterhuis, F. und Porsch, L. (2012). Study supporting the phasing out of environmentally harmful subsidies. A report by the Institute for European Environmental Policy (IEEP), Institute for Environmental Studies – Vrije Universiteit (IVM), Ecologic Institute und VITO für die Europäische Kommission – GD Umwelt. /Endbericht. Brüssel. 2012. [http://ec.europa.eu/environment/enveco/taxation/pdf/report\\_phasing\\_out\\_env\\_harmful\\_subsidies.pdf](http://ec.europa.eu/environment/enveco/taxation/pdf/report_phasing_out_env_harmful_subsidies.pdf)

<sup>13</sup> Das Verbrennen biogener Abfälle (d.h. Papier, Pappe, Lebensmittelabfälle, Textilien etc.) gilt in der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (2009/28/EC) als Form erneuerbarer Energie, was zu "perversen Subventionen" für die Verbrennung führt. Diese stehen in Konflikt mit der Verpflichtung der Abfallrahmenrichtlinie auf die Entsorgungshierarchie und somit mit dem Vorrang von Vermeidung, Wiederverwendung und Recycling vor der Verbrennung. Daher wird die Verbrennung jährlich mit zweistelligen Millionenbeträgen unter dem Deckmantel der "erneuerbaren Energie" subventioniert, was zu höheren Treibhausgasemissionen führt als Alternativen, die in der Entsorgungshierarchie höher eingestuft sind.

<sup>14</sup> European Union, Taxation Trends in the European Union. Eurostat Statistical Books.

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/resources/documents/taxation/gen\\_info/economic\\_analysis/tax\\_structures/2014/report.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/gen_info/economic_analysis/tax_structures/2014/report.pdf)

<sup>15</sup> Eurostat (März 2015) [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Unemployment_statistics#Recent_developments_in_unemployment_at_a_European_and_Member_State_level)

[explained/index.php/Unemployment\\_statistics#Recent\\_developments\\_in\\_unemployment\\_at\\_a\\_European\\_and\\_Member\\_State\\_level](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Unemployment_statistics#Recent_developments_in_unemployment_at_a_European_and_Member_State_level)

Effekte haben.<sup>16</sup> Folglich sollten europäische Länder weitere Schritte bei der Ökosteuerreform unternehmen, indem sie die Steuerlast von der Arbeit hin zu Ressourcen verlagern. Zudem sollten sie Gelder aus der Rohstoffförderung und der nicht nachhaltigen Materialinfrastruktur, etwa der Müllverbrennung, abziehen und sie stattdessen für Abfallvermeidung, Wiederverwendung, Vorbereitung für die Wiederverwendung, Recyclinginfrastruktur und Recyclingaktivitäten einsetzen.

### **Die Kosten der Untätigkeit: Ein „Stern-Report für Ressourcen“**

EU-Institutionen gewähren der Ressourcenpolitik nicht die erforderliche Bedeutung, weil nur unzureichende Informationen darüber vorliegen, was auf dem Spiel steht. Gute Initiativen in der Forschung und der Politikgestaltung zur europäischen Ressourcennutzung werden durch Inkohärenz und widersprüchliche Politik gefährdet. Es gehört zur Kernpflicht der EU-Institutionen, die Wirtschaft und das allgemeine Wohlergehen zu schützen, während sie gleichzeitig positive Auswirkungen auf die Umwelt haben. Dies wird nur auf Grundlage eines sachgerechten Verständnisses der Ressourcenabhängigkeiten der EU und ihrer breiteren ökonomischen Konsequenzen gelingen.

Im Jahr 2006 veröffentlichte die britische Regierung eine Studie eines Ökonomen (Lord Stern) zur Ökonomie des Klimawandels, einschließlich der Kosten des Handelns bzw. der Untätigkeit bezüglich der Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Der *Stern Report* kam zu dem Schluss, dass es für die langfristige wirtschaftliche Vitalität des Vereinigten Königreichs und Europas dienlicher sei zu handeln, um den Klimawandel zu vermeiden anstatt sich dem Klimawandel anzupassen. Diese Aussage hat die Klima- und Umweltpolitik auf der ganzen Welt beeinflusst. Das Hauptargument: Handeln sei weitaus billiger als Untätigkeit. In einer Zeit, in der die Kosten von Unternehmen schwankungsanfällig sind und Versorgungsunsicherheit besteht, verhindert die EU weiteres Handeln in Sachen Ressourcenpolitik.

Europa sollte bezüglich Ressourcen einen langfristig angelegten Ansatz wählen und einen "Stern-Report für Ressourcen" verfassen. Auf dessen Grundlage würden politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern erfahren, was auf dem Spiel steht, und könnten erkennen, wie besseres Ressourcenmanagement sich nicht nur auf Umwelt und Soziales, sondern auch auf die Wirtschaft positiv auswirkt. Ein "Stern-Report für Ressourcen" würde Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger bei der Entwicklung der richtigen Kombination aus Regulierungen und Steuerung leiten, um wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, Umweltschutz und individuelles Wohlergehen zu sichern.

---

<sup>16</sup> <http://www.foes.de/internationales/green-budget-europe/gbe-projekte/cetrie/?lang=de>



**Friends of  
the Earth  
Europe**

for the people | for the planet | for the future

## Friends of the Earth Europe

Mitgliedsorganisationen

Belgien  
Belgien (Flanders)  
Bulgarien  
Dänemark  
Deutschland  
England, Wales and Nordirland  
Estland  
Finnland  
Frankreich  
Georgien  
Kroatien  
Österreich  
Tschechische Republik  
Ungarn  
Irland  
Italien  
Lettland  
Litauen  
Luxemburg  
Mazedonien  
Malta  
Niederlande  
Norwegen  
Polen  
Schottland  
Slovakien  
Spanien  
Schweden  
Schweiz  
Ukraine  
Zypern

Les Amis de la Terre  
Voor Moeder Aarde  
Ecoglasnost  
NOAH  
BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland  
Friends of the Earth  
Eesti Roheline Liikumine  
Maan Ystävät Ry  
Les Amis de la Terre  
Sakharvelos Mtsvaneta Modzraoba  
Zelena Akcija  
GLOBAL 2000  
Hnutí Duha  
Magyar Természetvédők Szövetsége  
Friends of the Earth  
Amici della Terra  
Latvian - Vides Aizsardzibas Klubs  
Lietuvos Zaliuju Judėjimas  
Mouvement Ecologique  
Dvizhenje na Ekologistite na Makedonija  
Moviment għall-Ambjent  
Vereniging Milieudefensie  
Norges Naturvernforbund  
Polski Klub Ekologiczny  
Friends of the Earth Scotland  
Priatelja Zeme - Slovensko  
Amigos de la Tierra  
Miljöförbundet Jordens Vänner  
Pro Natura  
Zelenyi Svit  
Friends of the Earth

**Friends of the Earth Europe** setzt sich für eine nachhaltige und gerechte Gesellschaft und den Umweltschutz ein. FoEE vereint über 30 staatliche Organisationen mit tausenden lokalen Gruppen, und ist Teil von Friends of the Earth International, dem weltgrößten Basisnetzwerk für Umweltschutz.